

Bündner holen Obwaldnerin

Baukartell-Skandal Esther Omlin, Oberstaatsanwältin des Kantons Obwalden, wird im Bündner Baukartell-Skandal hinzugezogen. Als Ausserordentliche Staatsanwältin soll sie die Umstände der Verhaftung des Whistleblowers Adam Quadroni durch die Bündner Kantonspolizei untersuchen. Die Ernennung durch die Bündner Regierung erfolgte auf Antrag der kantonalen Staatsanwaltschaft.

Über die Verhaftung des Whistleblowers und reuigen Mitgliedes des Baukartells wurde in den Medien wiederholt berichtet. Gesichert ist bislang aber nur der Umstand, dass die Verhaftung stattfand. Aussagen zum angeblich brutalen Vorgehen der Polizei stammen von Quadroni selber und sind nicht bestätigt. Auch ist unklar, ob die Verhaftung überhaupt im Zusammenhang mit dem Baukartell-Skandal stand. Bei der Staatsanwaltschaft sind zur Verhaftung zwei Strafanzeigen eingegangen. Eine Strafanzeige reichte Quadroni ein, die andere der Bündner Justizdirektor Christian Rathgeb. Beide Anzeigen richten sich «gegen unbekannt». Omlin führt Strafuntersuchungen zu beiden Anzeigen. Sie soll prüfen, ob im Zusammenhang mit der Verhaftung ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegt. (sda)

Müller präsidiert Forum Gesundheit

Gesundheitspolitik Der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller wird neuer Präsident von Forum Gesundheit Schweiz. Hinter der Organisation stehen der Krankenkassenverband Santésuisse, das liberale Konsumentenforum sowie die Verbände der Pharmaindustrie, der Apotheker und der Chirurgen. Das Forum fordert laut Mitteilung Wahlfreiheit für Versicherte und einen ausgewogenen Wettbewerb.

Müller, der als Präsident auf den Schwyzer SVP-Ständerat Alex Kuprecht folgt, will sich für ein liberales und freiheitliches Gesundheitssystem einsetzen. Das Präsidium werde mit einem Arbeitspensum von rund 15 Prozent veranschlagt und jährlich mit 10 000 Franken entschädigt. Der Urner FDP-Ständerat Josef Dittli, der das Präsidium des Kassenverbands Curafutura vom heutigen Bundesrat Ignazio Casis übernahm, verdient damit 140 000 Franken. (ffē)

SBB-Renten sinken

Altersguthaben Die Pensionskasse der SBB senkt wegen den anhaltend tiefen Zinsen den Umwandlungssatz. Versicherte, die im März 2019 das Pensionsalter 65 erreichen, bekommen pro 100 000 Franken angespartem Altersguthaben noch 5080 Franken Rente. Auch danach senkt die Kasse ihre Renten weiter, und zwar in drei jährlichen Schritten. Ab 1. Januar 2020 gibt es für 100 000 Franken noch rund 4960 Franken Rente, ab 1. Januar 2021 noch 4850 und ab 2022 noch 4730. Sie erhalten dann also weniger als die Hälfte des zuletzt versicherten Lohns. (sda)

Preisüberwacher kritisiert Bund

Öffentlicher Verkehr Stefan Meierhans zerpfückt die Liberalisierungspläne des Bundes im Fernverkehr. Der Preisüberwacher befürchtet, dass die geplanten Änderungen zu höheren Billettpreisen führen.

Michel Burtscher

Auf den ersten Blick scheint es sich um eine kleine Änderung zu handeln, die das Bundesamt für Verkehr (BAV) im Schweizer Fernverkehrsnetz plant. Doch seit ihrer Bekanntgabe ist ein heftiger Streit darüber ausgebrochen, in den sich gestern nun auch der Eidgenössische Preisüberwacher Stefan Meierhans mit deutlichen Worten eingemischt hat.

Der Hintergrund: Vor einem Monat kündigte das BAV an, dass das Monopol der SBB im Fernverkehr fallen soll – zumindest ein bisschen. Demnach darf das Berner Bahnunternehmen BLS ab Ende 2019 auf den zwei kleinen Fernverkehrslinien Bern–Biel und Bern–Burgdorf–Olten fahren. So solle auch im Fernverkehr die «Qualität und Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer ÖV weiter verbessert» werden, argumentierte das BAV. Gleichzeitig will es an den Finanzierungsregeln im Fernverkehr schrauben.

Jährliche Mehrkosten von 100 Millionen Franken

Der Preisüberwacher lässt jedoch kein gutes Haar an den Vorschlägen des Bundes: Diese seien nicht überzeugend, heisst es in seiner Stellungnahme zur Anhörung, die heute zu Ende geht. Meierhans rät von der Aufhebung des SBB-Monopols im Fernverkehr ab – zumindest in der Form, die nun vorgeschlagen wurde. «Der Vorschlag schafft vorwiegend Aufwand ohne wirklichen Gegenwert für die Kunden», erklärt Meierhans auf Anfrage. Eine Folge der Änderungen wären gemäss dem Preisüberwacher «markant» höhere Billettpreise für Zugpassagiere.

Das BAV begründe seinen Entscheid in den Unterlagen zwar unter anderem mit «Effizienzgewinnen», so Meierhans. Das sei jedoch «irreführend», da diese nicht darauf zurückzuführen seien, dass künftig mehr Anbieter auf dem Markt mitsprächen und mehr Wettbewerb herrsche. Vielmehr seien die geplanten Änderungen der Finan-



Das Berner Unternehmen BLS soll zwei kleine Fernverkehrsstrecken erhalten.

Bild: Christian Beutler/Key

zierungsregeln der Grund für diese «Gewinne». So will das BAV die sogenannten Deckungsbeiträge im Trassenpreis erhöhen. Mit diesem Deckungsbeitrag beteiligen sich die Bahnunternehmen an den Fixkosten der Bahninfrastruktur, die sie

benutzen. Die Befürchtung von Meierhans: Müssen die Unternehmen künftig mehr Geld zahlen, werden auch die Billettpreise für die Bahnkunden steigen. Davor haben auch die SBB gewarnt. Sie gehen von Mehrkosten von rund 100 Millionen

Franken pro Jahr aus. Gleichzeitig sinken durch diese Änderung die Ausgaben des Bundes für die Bahninfrastruktur.

«Das BAV schaut in erster Linie auf den Steuerzahler – die Sicht des Bahnnutzers wird in solchen Diskussionen meistens viel

«Wettbewerb ist aber nur dann gut, wenn er zu besserer Qualität und tieferen Preisen führt.»

Stefan Meierhans
Preisüberwacher

zu wenig gehört, weil das System so angelegt ist», beklagt Meierhans. Er sei nicht grundsätzlich gegen eine Liberalisierung in diesem Bereich, betont der Preisüberwacher: «Wettbewerb ist aber nur dann gut, wenn er zu besserer Qualität und tieferen Preisen führt.» Das sei hier aber nicht der Fall, findet der Preisüberwacher. Er kritisiert auch, dass der Markteintritt der BLS indirekt mit 25 Millionen Franken subventioniert werde. Was Meierhans damit meint: Dem Unternehmen soll der Deckungsbeitrag in den ersten fünf Jahren erlassen werden. Für Meierhans ist darum klar: Wenn es sich für ein Unternehmen nicht lohne, ohne finanzielle Hilfe in den Markt einzutreten, müsse die Methode zur Konzessionsvergabe an sich überdacht werden.

SBB wollen Beschwerde erheben

Das BAV will die Fernverkehrs-konzessionen in einem Monat definitiv vergeben. Die SBB haben bereits Widerstand angekündigt: Sie wollen Beschwerde erheben, falls das Bundesamt für Verkehr tatsächlich Linien an die BLS überträgt. Man könne zwar nicht sagen, dass Wettbewerb keine Vorteile hätte, sagte SBB-Chef Andreas Meyer. «Die Risiken sind aber beträchtlich.»

Pierre Maudet trotz der Polemik

Korruptionsverdacht Der Genfer Staatsrat Pierre Maudet steht wegen einer Reise nach Abu Dhabi in der Kritik. Trotzdem hat ihm die Genfer Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

Pierre Maudet ist gestern zum Präsidenten des Genfer Staatsrats gewählt worden. Der FDP-Politiker und frühere Bundesratskandidat behält das Polizei- und Flughafendossier und gibt stattdessen das Wirtschaftsdossier ab. Mit der Wahl zum Präsidenten hat ihm die Kantonsregierung das Vertrauen ausgesprochen.

Tage zuvor hatte es nicht danach ausgesehen, als ob die Departemente am Dienstag wie geplant verteilt würden. Vor einer Woche hatte der Genfer Staatsanwalt bestätigt, ein Verfahren wegen Vorteilsannahme, ein Bestechungsdelikt, eingeleitet zu haben. Dieses richtet sich zwar gegen unbekannt, im Visier sind aber Maudet und sein Stabschef. Der Genfer Staatsrat war im No-

vember 2015 in die Vereinigten Arabischen Emiraten an ein Formel-1-Rennen gereist. Begleitet hatten ihn seine Frau, seine drei Kinder, sein Kabinettschef und ein Freund. Auf dieser als privat deklarierten Reise traf sich Maudet auch mit dem Kronprinzen der Emirate.

Maudet räumte letzte Woche ein, dass er die Reise nach Abu Dhabi nicht selbst bezahlt hatte, sondern ein Geschäftsmann mit libanesischen Wurzeln. Maudet sagte in einem Interview in diversen Westschweizer Zeitungen: «Es war unvorsichtig, das Angebot anzunehmen.» Das Paket beinhaltete Flug, Hotel und Plätze am Formel-1-Rennen. Maudet sagte weiter, er habe zu keinem Zeitpunkt das Gefühl gehabt, als

Regierungsrat eingeladen worden zu sein. Er habe ein schlechtes Gefühl gehabt, aber die Reise nicht annullieren wollen. Maudet sagte zudem, dass er den Regierungspräsidenten im vergangenen November über die Reise informiert habe. Laut Westschweizer Fernsehen RTS war der



Pierre Maudet Bild: Stefan Kaiser

Flughafen Genf zum Zeitpunkt von Maudets Reise dabei, zwei Konzessionen für die Bodenabfertigung zu vergeben. Einige Monate später erhielt neben Swissport das Unternehmen Dnata den Zuschlag. Diese Firma hat ihren Hauptsitz in den Emiraten und wird zum Teil von dessen Transportministerium kontrolliert. Der Kronprinz, den Maudet angeblich privat und zufällig auf seiner Reise im Hotel in Abu Dhabi traf, ist der Transportminister der Emirate. Diesen, sagte der Genfer Sicherheitsdirektor, habe er einige Monate zuvor bei einem offiziellen Treffen kennengelernt. Er versicherte, dass es auf der Reise kein «Gegengeschäft» gegeben habe. Maudet, der das Flughafendossier verantwortet,

verteidigt sich damit, dass das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) über die Konzessionsvergabe entscheidet. Im Rückblick räumte der Genfer ein, dass es besser gewesen wäre, auf die Reise zu verzichten. Die kritischen Stimmen gegenüber Maudet haben sich Ende der letzten Woche gemehrt. Carole-Anne Kast, Präsidentin der SP Genf, stellte sein Ethos als Sicherheits- und Volkswirtschaftsdirektor in Frage. Nicolas Walder, Präsident der Grünen Genf, fordert ihn gar auf, über einen Rücktritt nachzudenken. Unterstützung dagegen bekam der FDP-Politiker von seiner eigenen Partei. Sie sprach von einer Hexenjagd.

Andrea Tedeschi/SDA